

Nebrauer Anzeiger

Minderheitsschulen in der Ostmark.

Die Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit ist erfolgt durch die Verordnung des preussischen Staatsministeriums vom 21. Dezember 1928. Sie wurde zwar nur in Form einer preussischen Verordnung getroffen; aber eine reichsrechtliche Regelung würde sich nicht empfehlen, weil das Reich ja nur die Grundabgabe in Schulkassen besitzt, weil auf diesem Grund erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, so daß der Weg der Gesetzgebung überhaupt zu schwierig und umständlich erschien, und weil die Verschiedenheit der Minderheiten auch eine differenzielle Behandlung ihrer Anträge erfordert, also eine Reichsregelung, die Rahmengesetz bleiben müßte, doch eine landspezifische Spezialregelung bedingte würde. Materielle Bedenken sind daraus auch ersichtlich nicht hergeleitet oder hergeleitet worden, weil — nachdem man erst einmal diesen Weg beschritten hat — an den Grundlagen der Verordnung nicht mehr gerüttelt werden kann, was man das Minderheitsrecht als solches begründen mag man wolle.

Zu diesen Grundlagen gehört zunächst die uneingeschränkte Anerkennung des aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker herzuablesatzes: „Minderheit ist, wer will.“ Entscheidend also sind lediglich der Wille und das Bestehen des Erziehungsbedürfnisses, daß er kein Kind der Minderheitschule zuführen will, ohne Rücksicht auf Sprach-, Religions- und Familienzugehörigkeit, als ob ohne das Vorliegen irgendwelcher objektiven Voraussetzungen, und ohne daß dieses Bestehen nachgenügend erbetritten werden dürfte. Dieser Grundsatz steht beispiellos da und bedeutet ein Postulat für die nationalen Minderheiten, wie es früher nicht gedacht werden kann.

Das von der Minderheitenordnung angenommene Schulsystem kennt drei Arten von Minderheitenminderheiten: die Primatsschule oder die mit Staatsunterstützung sowie die öffentliche Volksschule. Private Volksschulen können überall errichtet werden, falls nicht bereits ausreichend entsprechende öffentliche Minderheitsschuleinrichtungen bestehen: sie können Staatsunterstützung erhalten, wenn die Zahl der sie tatsächlich besuchenden Schüler sich auf mindestens 40 beläuft (Die Zahl steigt nach der Größe der Städte). Die Unterstützung beträgt 60 v. H. des Betrages, der tatsächlich zur Besoldung der notwendigen Lehrer aufgewendet wird. Durch den ordnungsmäßigen Besuch einer solchen privaten Minderheitsschule genügen die Kinder der Minderheit ihrer Schulpflicht. Die Primatsschule kann auf Antrag in eine öffentliche umgewandelt werden, wenn die Voraussetzungen für die Staatsunterstützung, während dreier aufeinanderfolgender Jahre gegeben sind und fortbestehen. In ihnen allen ist Polnisch nicht Unterrichtsgegenstand, sondern Unterrichtssprache. Deutsch dagegen nur Unterrichtsgegenstand. Hierin liegt ein gewisser Schutz der deutschen Schule, denn man mag ein noch so fanatischer Pole sein — man wird sich doch mehrfach überlegen, ob man sein Kind, das ein deutsches Kind ist und in Deutschland später kein Brot verdienen soll,

den Kampf im deutschen Wirtschaftsleben so unvorbereitet übergeben will, daß es die deutsche Sprache nur als Fremdsprache erlernt, etwa wie wir Französisch oder Englisch! Die Erfahrung in Oberschlesien — also einem wirklich gemischtsprachigen Gebiet — lehrt, daß die polnischen Eltern es vorziehen, ihre Kinder den deutschen Volksschulen zu überlassen, statt sie in die polnische Minderheitsschule zu schicken. So kommt es, daß die polnischen Minderheitsschulen in Deutsch-Oberschlesien weniger frequentiert sind als die deutschen in Polnisch-Oberschlesien und geringer, als es der Bevölkerungszahl der polnischen Minderheit entsprechen würde.

Auf Grund des Genfer Abkommens, für dessen Reich die preussische Regelung nicht gilt, bestanden in Oberschlesien im März 1930 51 Minderheitsschulen. Davon sind 28 Minderheitsschulen mit 29 Lehrern und 399 Schülern in Betrieb, während die restlichen 23 Minderheitsschulen zwar offengehalten werden, aber ohne Kinder sind. An für alle Klassen der Minderheitsschule durchgebildeten Lehrern sind zur Zeit 58 vorhanden. Für die Erteilung des polnischen Sprach- und Religionsunterrichts sind im Bezirk 632 Lehrer verfügbar. In Minderheitsschulen sind in der Provinz zur Zeit 895 vorhanden; sie werden von 195 165 Kindern besucht; an ihnen unterrichten zur Zeit 4383 Lehrer.

Auf Grund der Minderheitsschulverordnung sind im übrigen Osten eingetragelt: in der Grenzmark Posen-Westpreußen 24 Schulen mit 1091 Kindern und 39 Lehrern, im Regierungsbezirk Marienwerder 5 Schulen mit 117 Kindern und 6 Lehrern, im Regierungsbezirk Köslin 2 Schulen mit 63 Kindern und 2 Lehrern, im Regierungsbezirk Allenstein 4 Schulen mit 77 Kindern und 4 Lehrern, im Ganzen also 35 Schulen mit 1348 Kindern und 51 Lehrern. Von den letzteren besitzen 6 die deutsche und 45 die polnische Staatsangehörigkeit.

Eine weitere Liberalität der preussischen Minderheitsschulregelung ist es, daß auch solche Lehrer an Primatsschulen mitwirken dürfen, die die entsprechende Befähigung nur im polnischen Schuldienst besitzen und gegen die keine Bedenken hinsichtlich ihrer sittlichen Beziehung bestehen, ein wissenschaftlicher Befähigungsnachweis ist nicht erforderlich, auch nicht in sprachlicher Hinsicht. Es können also in der Tat auch polnische Lehrer, sogar ohne daß sie ein deutsches Sprachexamen abgelegt haben, an solchen privaten Minderheitsschulen tätig sein! Anders sieht es natürlich mit den Lehrern an öffentlichen Schulen, die ja Staatsbeamte sind.

Groeners Verteidigung.

Wehrstat im Haushaltsauszug.

Der Haushaltsauszug des Reichstags begann die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Der Berichterstatter, Abgeordneter Stülcken (Soz.), wies darauf hin, daß der Haushalt bei Reichszulassung von 502 Millionen Mark beantragte.

Umangenehmere Gegenstände seien beim Wehrstat nur möglich, wenn man von dem Grundhof ausgehe, die Möglichkeit des Verfalls Vertrags auszuklopfen, und wenn

man besonders das ungewunde Verhältnis zwischen Infanterie und Kavallerie dadurch ändere, daß mehrere Regimenter Kavallerie abgekauft werden.

Zusatz verlangte der Redner besonders über die Tätigkeit der Nationalsozialisten im Offizierskorps. Die Sozialdemokraten verlangten Auskunft über die Gerichte über angebliche geheime Rüstungen. Auch der Zentrumskoordinator Dr. Köhler erklärte, daß seine Partei eine klare Auskunft darüber vom Reichswehrminister erwarte.

Reichswehrminister Groener

erklärte, daß das Ministerium bei der Aufstellung des Etats mit ganz intensiver Arbeit auch selbst vorgegangen ist. Bei allen Maßnahmen, die außenpolitische Wirkungen haben könnten, sei der Reichswehrminister von der Zustimmung des Außenministers abhängig.

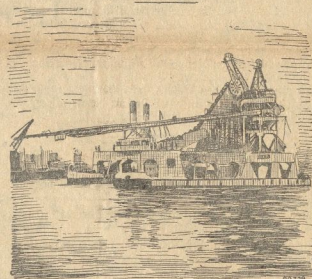
Der Reichswehrminister betonte, er werde allen Verdächtigungen entgegenzutreten. Einen Antrag zur Beförderung eines gewissen Breitensteinscher zum Offizier müsse er ablehnen. Dagegen sei man eifrig befreit, durch Herausheben vorher bedächtigter Menschen aus dem Mannschaften und Unteroffizieren dem Offizierskorps festes Blut zuzuführen. Die Klagen über unmenschenwürdige Behandlung der Soldaten seien nicht begründet.

Die Herbstmanöver habe man beschleunigen müssen, um in der Truppenführung auf der Höhe zu stehen. Bei der Beschaffung von Waffen und Munition sei Parlamentarismus nicht angebracht. Der Minister antwortete dann

in vertraulichen Ausführungen

auf die Fragen der Sozialdemokraten und des Zentrums wegen angeblicher Geheimrüstungen. Er betonte dabei nochmals, daß er immer im Einverständnis mit dem Reichsaussenminister und dem Reichstagsrat, also auch mit dem früheren Reichsminister Müller, gehandelt habe. Um eine einseitige politische Beeinflussung der Offiziere und Mannschaften zu verhindern, würden die Presseberichte aller Parteinrichtungen in den Kameradschaftsheimen ausgelegt werden.

Nach Schluß der allgemeinen Aussprache wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.



Der größte Bagger der Welt.

Wiederum auf Reparationsarbeiten wurde auf einer Arbeiter Versammlung in den französischen Hafen Rouen der größte Bagger der Welt gebaut.



Das Großmutter. Ich bin ja sonst nicht ängstlich. Aber heute — und sie kam näher zu der Wirtin. Diese nicht freundlich.

„Mann, sind — sei dich zu mir.“ Ihre Hände suchten nach denen Margas und fähten sie wie schützend, „So — und nun nicht bangen! Wir stehen alle in Gottes Hut.“

Marga erwiderte nichts. Aber die Großmutter sprach weiter. „Gut, doch gut.“

„Was freu's, daß du einmal zu mir kommst. Ich will es ja schon lange, daß er dich in die bringe.“

„A. Magri.“ Und die alten Hände hielten die überlebenden jungen Finger fest. „Du quälst dich ja heimlich mit etwas.“

Marga wech zu betroffen. Wie scharf diese lichten Augen doch sahen! Aber sie schweig.

„Wirst du dich denn nicht einmal aussprechen?“

„Aussprechen? — Woher denn nur, Großmutter?“

„Wirst dich doch nicht, Kind. Ich sehe zwar nicht mehr, aber hören kann ich doch noch. Und ich weiß so manche Nacht, wie du dich ruhest im Bett wachst — wenn du dich, im oberen Stock, noch die Schritte hören zu hören Stunde.“

„Ich schief es in Margas Wangen, und nun fühlte sie den sanften Druck der alten Hand.“

„Du denkst an eine Heirat mit dem Gerhard Berch, Magri.“

„Da wissen sich Margas Finger mit einem Aufzucken los.“

„Und wenn es so wäre?“

Ein kleines Schmeigeln, dann die Antwort:

„Das gibst kein Glück — weder für dich noch für ihn.“

„Doch du's mir nicht selber gesagt? Du willst ja, sondern nur Partei haben von ihm.“

Marga wech sagte das kaum. Ja, so hatte sie gesagt damals. Aber — war da nicht etwas über sie gekommen, etwas Fremdes, nie Geahntes, und hatte von ihr Besitz ergriffen, mehr und mehr, trotz all ihrer kleinen Verurteilung?

Aber gleich wieder warf sie den Kopf in den Nacken, als schämte sie sich solchen Eingekündnisses schon vor sich selber. Und der gewünschte Hochmutklang war in ihrer Stimme, wie sie nun erwiderte:

„Freilich hab' ich das gesagt. Und denke auch heute noch so. Aber gerade darum glaube ich, daß Berch ein Mann für mich wäre.“

Die Neuch-Mutter wiegte still ihr Haupt. Dann wandte sie das Antlitz zu der Enkelin hin.

„Wenn du schon möchtest — weißt du denn aber, ob der Gerhard Berch auch dich will?“

Wie ein Stachel in eine offene Wunde fuhr das. Doch um so höher nur bäumte sich Margas Stolz empor.

„Er wird mich heiraten.“

„Wird du dessen so gewiß?“

„Er wird — denn ich will.“

Magri. Die Wirtin erstickt. Was schlug ihr da entgegen? Ihre alten Hände tasteten nach der Enkelin. „Woran denkst du?“

„Ich weiß es nicht, Großmutter, nur das weiß ich: Er soll mein werden, und müßt' ich —!“

Sie sprach es nicht zu Ende. Derselbe rasende Donner Schlag, der in dem kleinen Gotteshaus drüben alle Herzen zusammenzittern ließ, brach sich über ihren Kopf ab. Der zuckende Blitz, der ihn begleitete, hellte für einen Herzschlag lang das Nachbarnet vor der Gretlin auf. Wie eine aufsteigende Glut, brennend rot fand es ihr vor dem Bild. Eine Glut, die verbrannte, was sie erklärte — die sie selbst zerbröckelte. Ihre ergründetes Antlitz war der Enkelin zugewandt. Die Hand regungslos. Aber auf dem blauen, harren

Gesicht flammte es. War es nur der schwüle Widerschein des Blitzes oder die Pose eigener Glut?

Recht Christenstille lag heute in sonntäglicher Stille. Wie immer war Berch auch heute in Kommandit auf dem Bureau. Wenn der Betrieb flüchtig, hatte er die beste Gelegenheit, allerlei wichtige Korrespondenzen in Ruhe zu erledigen. So tat er es auch jetzt. Berch lief in seine Schreibereien achtete er nicht darauf, wie sich irgendwo draußen der Himmel bezogen hätte. Erleben über der Bergwand schwebte es unbemerkt. Ein schwarzer Hirschenvogel auf schwebelgebendem Grund. Schnell wuchsen seine Schwingen im Nebelortern.

Erst wie jetzt das Telefon vor ihm auf dem Schreibtisch lärmlich anfing und er den Hörer abgab, bemerkte er durchs Fenster das dräuende Unwetter. Aber seine Aufmerksamkeit galt gleich wieder dem Gespräch.

„Hier Berch.“

„Hier Zentrale — Majsinist Groener.“

„Aha, erfindlichen Herr Direktor, hier bei mir ist das Sekretariat vom Widigen Hause. Sie möchte Herrn Direktor gern selber sprechen.“

„Fraulein von Grund?“

„Ja — ich bin am Apparat, Herr Berch. Ich komme gerade von der Frau Groener. Sie ist lebend, schon einiger Zeit, und in meiner Pflege. Ich hatte ihr wiederholt in den letzten Tagen geraten, den Arzt zu holen, denn die Sache schien mir nicht unbedenklich. Vermutlich eine arg verschleppte Infektion.“

„Aber Sie weigerte sich beharrlich. Es würde auch so schon werden. Nun ist die Sache über Nacht aber sehr ernst geworden. Die Frau liegt in Fiebererstickung, und die Brust flügel nur so. Ansehend eine schwere Augenentzündung, wenn nicht noch schlimmeres.“

„Ja — das ist ja böse.“

„Es muß unbedingt alles Mögliche geschehen. Und darum rufe ich Sie an. Können Sie den Mann wohl sofort herbeibringen, daß er zum Arzt läuft?“

„Sofort? Oh, das ist freilich. — Die Zentrale kann ja doch nicht ohne Vorlicht bleiben. Es zieht auch gerade noch ein schwerer Gewitter auf.“

(Fortsetzung folgt.)

Wleibe im Lande — und nähre dich redlich!

Die jetzt heranwachsende Generation geht vielfach von der Ansicht aus, daß im Auslande in geschäftlicher und künstlerischer Beziehung noch große Vorbeeren zu ernten sind. Wenn sie die trübseligen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse hier in Deutschland lächelnd und weinend betrachten, so ist es ja nicht unbedeutend, wenn sich die jungen Leute vom Auslande eine bessere Zukunft träumen. Amerika wird bei diesen Wünschen dann meistens an die Spitze gestellt, Menschen leben sich schon im Geiste als Dollarsammler zurückzuführen und entwickeln Programme, von denen viele glauben, daß sie sich nur durch reines Verwirklichen lassen. Doch der Schein trügt. Der Kaufmann, der Arbeiter oder der Mechaniker, der heute noch ins Ausland geht muß erstens schon ein extra fündiger Kopf sein und zweitens muß er schon ein bißchen Geld hinter sich haben. Wie sind denn die Erwerbsmöglichkeiten in allen anderen Völkern gerade in Amerika? Zunächst einmal hat Amerika (USA) zehntensmäßig viel mehr Erwerbslose als Deutschland. Daher haben Konsulate bei den Einreisen von Ausländern die größten Schwierigkeiten gemacht. Die öffentliche Unterbringung und Wohnsorge ist dabei in unserem Sinne dringend notwendig. Aber also nicht ohne Geld und ohne Kenntnisse der Sprache hat der muß unweigerlich umkommen. Von Amerika abgehen. Viele junge Leute gehen aus Abenteuerlust zur Fremdenlegung, sei es in französischen oder holländischen Diensten, andere wieder erlangen sich auswärts reichliche geschäftliche Möglichkeiten im Orient und so geht das fort. Einige zwar kommen glücklich und vermögend nach Deutschland zurück. Darum, wenn es in Deutschland auch nicht so schwer ist eine Anstellung zu finden, erworbene Kenntnisse ausgiebig zu vermerken und Geld zu verdienen, ist schlechter als in anderen Ländern. Die Durchschnittsmenschen sind nicht. Gewiß soll sich ein junger Mensch die Welt ansehen, aber nur da, wo er auch weiter kommt und nicht verkommt. Darum: Wleibe im Lande und nähre dich redlich!

Der Junferkehr über den Atlantischen Ozean. Bisher sind mehr als 25 000 brasilische Ferngespräche über den Atlantischen Ozean geführt worden. Der Durchschnitt ist 45 Gesprächs läufig von je sechs Minuten Dauer. Von den aus Amerika geführten Gesprächen kamen 95 Prozent aus den Vereinigten Staaten, 4 Prozent aus Kanada und 1 Prozent aus Kuba und Mexiko. In ungekehrter Richtung kamen 53 Prozent aus England, 34 Prozent aus Frankreich, 7,5 Prozent aus Deutschland und 5,5 Prozent aus den übrigen europäischen Ländern.

Ausbildung der technischen Lehrerinnen. Die vorjährige Ausbildung der technischen Lehrerinnen genügt den Anforderungen insbesondere nach der pädagogischen Seite nicht mehr. Es muß wesentlich verbessert und vertieft werden. Um hierfür den Weg freizumachen, ordnen die Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und für Handel und Gewerbe durch einen Runderlaß an, daß von Oetern 1931 an nur solche Bewerberinnen in die technischen Lehrschulen aufgenommen werden, die bereits eine wissenschaftliche oder technische Lehramtsprüfung abgelegt haben.

Neue Luftpostmarken entfallen der Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“. Zur Finanzierung der Post, die „Graf Zeppelin“ anfänglich seiner Südamerikafahrt mitnehmen wird, werden neue Luftpostmarken zu 2 und 4 Mark ausgegeben. Sie gleichen in Form, Größe und Auslieferung den bisherigen Zeppelin-Luftpostmarken, jedoch befindet sich in dem oberen Eck in der Farbe der Marke das Bild eines sitzenden Adlers, darunter befindet sich ebenfalls in der Farbe der Marke, in zwei Zeilen in lateinischen großen Buchstaben die Worte: „Erste Südamerikafahrt“.

Zweckmäßige Sparrbarkeit! Seit der Reform der Lehrerbildung in Preußen, die 1926 begonnen wurde, werden die Volksschullehrer auf den Pädagogischen Akademien ausgebildet. Ihre Zahl war zunächst klein. 1926 entstanden drei, heute haben wir deren acht und Oetern 1930 werden 15 Akademien bestehen. Für 1931 aber sind im neuen Staatsvertragsanhang schon wieder Mittel für weitere 7 Akademien angefordert. Diese überaus schnelle Gründung von Hochschulen ist in der Geschichte des Hochschulwesens ohne Vergleich, und sie birgt auch eine ganze Reihe größter Gefahren in sich. Abgehen von der Sparrbarkeit, bei dieser Eile einen Kreis hochwertiger Lehrkräfte zusammenzusammensuchen zu können, muß allem nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß bei Beachtung rationaler Wirtschaftsmethoden mit gleichen

Mitteln leicht ein weitaus größerer Nutzen erzielt werden könnte. Der Staat braucht sich angestrengt dabei, eine Unmenge kleiner Akademien mit einem Semestereinsatz von nur 50 bis 60 Studenten zu gründen. Wäre es nicht sparsamer und zweckmäßiger, die jetzt vorhandenen Akademien zu großen, leistungsfähigeren Instituten auszubauen, als immer neue, leistungsschwächere und unwirtschaftlichere Einzelakademien ins Leben zu rufen? Stehe ich bei Einrichtung der Bibliotheken, der Lehr- und Hörsäle, der Schreibräume und Unterrichtseinrichtungen, der Verwaltung, der Zusammenbringung des Lehrkörpers usw. usw. nicht sehr viel sparen, wenn man die 4000 Studenten nicht auf 40, sondern auf 15 Akademien verteilt? Man braucht dann nicht 40, sondern eben nur 15 Bücherreie; nicht 40, sondern nur 15 physikalische Laboratorien, usw. Und könnte man mit den öffentlichen Geldern nicht noch rationeller wirtschaften, wenn die Akademien nach Möglichkeit in Universitätsstädten errichtet würden? Die vorhandenen Bücherreie und sonstigen Einrichtungen der Universitäten würden wertvolle Anschaffungs- und Unterhaltungskosten oder ähnlicher Einrichtungen von Pädagogischen Akademien an Orten ohne Universitätsstatus sparen lassen. Zudem könnten sich diese Hochschulen ergänzen mit in ihrer Arbeit berechneten dadurch, daß die Studenten die ihnen restierten Vorlesungen der beherbergenden Dozenten besuchen könnten. Es bedürfte das nicht bloß eine wertvolle Vertiefung der Studien an der Pädagogischen Akademie, sondern bei der bekanntlich immer noch etwas Stiefmütterlich behandelten Befragung der Professoren für Erziehungswissenschaften an unseren Universitäten könnte auch für diese selbst wertvolle Belebung und Erweiterung aus solcher Zusammenarbeit erwachsen. Darum der Ruf der preussischen Lehrerschaft an die Öffentlichkeit: In dieser Form läßt sich beim Ausbau der neuen Lehrerbildung bedeutsam sparen und zugleich eine ganzseitige Verbesserung staatlicher Bildungseinrichtungen herbeiführen. Deshalb Schluß mit der teuren und ungewandigen Zersplitterung in der Lehrerbildung! Statt dessen: Bilanzlose und zweifelhafte Nationalisierung durch Errichtung großer, leistungsfähiger Akademien in Universitätsstädten!

Ferien auf See.

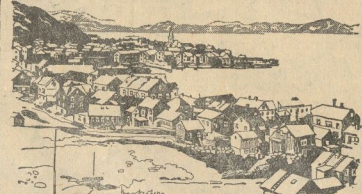
Von altersher gilt die See als große Gesundheitsreformator der Menschheit. Das Wort Platos, „Das Meer wäscht alle Missetat weg“ ist bekannt, und schon im Altertum verordneten die Ärzte Meeresluft zur Heilung von Krankheiten und zur Stärkung der Gesundheit. In neuerer Zeit hat die Thalassotherapie, die Wissenschaft von den Heilkräften des Meeres, festgestellt, daß die Meeresluft reichler an Sauerstoff und Ozon, dagegen ärmer an Kohlenäure ist als die Luft auf dem Festlande. Sie hat die Anwesenheit von Bromsalzen in der Meeresluft nachgewiesen und auf dieser Zusammenfassung der Luft Ionie aus ihrer stärkeren Bewegung die günstigen Wirkungen erklären können, die auf der Stoffwechsellage des menschlichen Körpers beruhen. Auf dem Meere ist infolge der vermehrten Sauerstoffaufnahme der Appetit im allgemeinen stärker und die Stimmung heiter und leichter als an Land. Das Verweilen wird durch das einwirkende Meer beruhigt, die Haut durch die frische Luftbewegung abgekühlt und gegen krankhafte Mikrobenbefälle geschützt. Auch das Blut erfährt unter der Einwirkung der Meeresluft eine Zunahme an Hämoglobin und roten Blutkörperchen. Kurz, der Einfluß der natürlichen Heilkräfte des Meeres erstreckt sich auf



Unterwegs im Nordland. Sogapampfer „Kosolote“ passiert die Sejoten

alle wichtigen Vorgänge des menschlichen Organismus und läßt zumeist schon nach kurzer Zeit ein Gefühl erhöhten Wohlbefindens und gesteigerter Gesundheit entstehen. Und noch ein anderes kommt hinzu. Die Seeerle ist den Menschen aus seiner alltäglichen Beschäftigung und Umgebung heraus und läßt ihn die Hurrai seiner Berufsarbeit mit dem beglückenden Leben an Bord vergleichen. Die glücklichen Momente einer solchen Hinführung sind ja nicht zu zählen, der nach angestrengter Berufsarbeit der Entspannung und der Erneuerung seiner Arbeitskraft bedarf.

Um besonders gilt dies von Seeretten, die ausschließlich zur Vergnügungs- und Erholungsreisen veranstaltet werden. Derartige Reisen bieten nicht nur die künftigen Vorteile der Seebäder, sie führen stets nach den landschaftlich und klimatisch bevorzugtesten Zonen Europas, nach den Mittelmeerländern im Winter und dem Golden Norden oder in den Hauptstädten rund um die Erde im Sommer. Auch die Hamburg-Amerika-Linie veranstaltet in der bevorstehenden Saison wieder mehrere Nordlandreisen: Drei je 11tägige Nordfahrten in der Zeit von Mitte Juni bis Ende Juli, eine Island-, Spitzbergen- und Komagonefahrt von Mitte Juli bis Mitte August und am gleichen Zeit eine Fahrt bis zum Nordpol, nämlich in den Tagen vom 16. August bis 7. September eine dreimonatige, Dänke- und Aufbruchfahrt. Sie bewahren Nordlandschiffe der Reederei, die „Decca“ und der 20 000 Tonnen große Dampfer „Kosolote“, werden die Reisen ausführen.



Summerfest, die nördlichste Stadt der Erde wird alljährlich auf den Nordlandfahrten der Sogap besichtigt

Landwirtschaftliches.

Jagd und Fischerei im Mai.

Hoch, Dorn- und Rehwild verjähren. Die Setzzeit dieser Wildarten beginnt. Die Störche fliegen aus, ihr neues Gewehr zu schießen. Der Hechob hat fertig aufgelegt und großenteils sein Gehörn vollständig gesetzt. Er wird in einigen deutschen Staaten, so in Preußen, Baden, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Württemberg und Schaumburg-Lippe, bereits vom 16. 5. ab geschossen. Der zweite Falch fällt. Die Wäls der Waldhühner erreicht ihren Höhepunkt und erlischt gegen Ende des Monats. Während in Bayern, wie der Deutsche Jäger, München, mittelt, die Schupzeit für Auer- und Wildschaff mit dem 25. schließt, für Hafei, Sämee und Steinbühner überhaupt keine solche Schupzeit, dürfen in Preußen, Bremen, Lippe, Schaumburg-Lippe, Auer, Wild, Sämee und Falaenhühnern, in Sachsen und Württemberg Auer-, Wild- und Hafeihühnern, in Baden und Mecklenburg-Schwerin Auer- und Wildschaff, in Thüringen und Hessen Überhahnen nur bis zum 15. Wildschaff und zudem in Hessen Falaenhühnern den ganzen Monat über, in Oberbayern, Sachsen und Falaenhühnern in Lippe jedoch nur bis dahin geschossen werden. Die Hennen fast sämtlicher Wildarten brüten. Die Eiern führen meist schon junge Schoße, auch die jungen Wildbuben ersten Gezeug fallen oft schon gegen das Monatsende aus.

Das Haarraubwild verurteilt durch die Sorge um seine Nachkommenchaft legt oft größeren Schaden, doch ist ein Schutzgenosse, namentlich dem zivilisierten Jäger, zu vermeiden, den Regen fände den Krähen und Ebern zu vermeiden, die in dieser Zeit zu einer ersten Gefahr werden können. Ueberhaupt ist möglichst für Ruhe im Reviere zu sorgen, und es darf auch nicht die Beschädigung der Falaenhühner nicht vernachlässigt werden, wenn man sich ihren Bestand erhalten will.

Wald, Berche, Barich, Bel, Karpfen, Schich und Waller laichen. Hecht, Süßling und Zander sind noch überflutende Wälsche im Fleisch noch minderwertig, daher zu schonen. Weiße, Forelle, Bachschlabber, Seeforelle und Seelachsling während guten Fala. Wale beißen an warmen Wälschen.



48. Fortsetzung. Radbrand verboten. „Aber es ist ernste Gefahr, Herr Herrsch. Es kann auf die Minute antommen!“ „Gewiß! natürlich. Du dumme! Muß heut' auch noch Sonntag sein. Kein Mensch hier auf dem Meer.“ „Wäre denn da wirklich niemand? Es muß sich doch jemand finden lassen.“ „Gut — ich komme selber! Sofort bin ich drüben.“ Und schon legte er den Hörer zurück, nahm den Hut vom Hafen und eilte über den menschenleeren Jadenplatz zur Kraftstation. Ganz dunkel war es inzwischen bereits geworden. Mit rasender Schnelligkeit war das Räder heraufgekommen. Das würde einen bösen Tanz geben! Nun trat er in den weiten, hohen Raum ein. Sonst straßend hell mit seinen weißgelben Stielen an Boden und Wänden, heute aber voll tiefer Dämmerung. Unbestimmt lagen in dem Dunkel die schwarzen Kolosse der Dynamomaschinen da. Sinnen auf dem ersten Absatz, wo die Schaltungen und Regulatorapparate angebracht waren, zeichnete sich vor dem matt flimmernden Warmlichtschein zwei menschliche Gestalten ab. Ein Mann und eine Frau. Der Mann grüßte die Frau mit dem Maschinenhand. „Nicht so im entgegen mit ausgebreiteter Hand.“ „Wie gut du bist, daß Sie kommen!“ „Doch nur sehr verständlich. — Also los, Gbner, machen Sie, daß Sie fortkommen. Und gute Besprechung für Ihre Frau.“ „Aber Herr Direktor können doch nicht selber —“ „Los, los! Sie hören ja, es könnte hier auf die Minute antommen!“

„Ja, dann muß ich wohl!“ Und der Mann lief zur Tür. Wie er sie öffnete, rief ihm ein aufsteigender Windstoß die Kälte aus der Hand. Schmetternd floß die Luft gegen die Wand. Im nächsten Augenblick auch schon ein gerades rasendes Fernrohrgeräusch auf dem Jadenplatz draußen. Wie kein Schritt weit mehr zu sehen vor den niederknatternden Wasserstrahlen. „Ein regelrechter Wolkenbruch. Wie in den Tropen. Es etwas hab' ich hierzulande ja überhaupt noch nicht erlebt.“ Und Verisch ging zur Tür, um sie wieder zu schließen. Der da merkte er, daß Er ihm folgte. Er starrte sich er sich nach ihr um: „Sie wollen doch nicht etwa?“ „Aber sie nicht entschlossen.“ „Ich muß wieder zu der Kranken, bis der Arzt kommt.“ „Unmöglich, Sie haben ja keinen trockenen Boden mehr, ehe Sie halb über den Platz sind.“ „Was tun's?“ „Aber Sie müssen doch auch an sich denken.“ „Nicht in einem so ernsten Fall.“ „Und sie gar zu ängstlich.“ Doch seine Hand legte sich auf die ihre. „Franklin van Grund — es ist ja Unsin! — Parador. Ich meine, es ist höchster Lösung wert, solche Gefinnung. Aber es wäre wirklich verkehrt. Bitte, bedenken Sie: Sie können doch unmöglich mit riesigen nahen Kletterern an das Bett einer Schwerverkranken im höchsten Jaden!“ Ihre Rechte, die sie zunächst aufgeschoben hatte gegen den Anhang der auf ihr liegenden Hand, entspannte sich. Da fuhr er fort: „Nicht wahr, Sie müssen es doch selber zugeben. Und außerdem, es ist gewiß irgend jemand dort im Haus bei der Kranken.“ „Allerdings, als ich forchtig nach hier, holte ich die Radbarin.“ „Nun also. Die Frau ist doch nicht ohne Aussicht.“

Er erwiderte nichts mehr. Aber ihre Rechte drückte sich nun seinen Griff. Wie eine Wolke fand es auf ihrer Stirn. Schweigend lehrte sie um in das Innere der Halle. Wälsche Nacht war es hier inzwischen geworden. Nur von Zeit zu Zeit ließ durchbrochen vom fahlen Aufbruch der Wäls, und unbefindlich klang das Krachen der Donner in dem hohen weiten Raum mit seinen kalten Kachelböden wieder. Auch Verisch sprach nichts. Langsam war er zu der Schattigkeit hinüber gegangen und hatte dort mit ernster Miene die Uhrzahn. Heberall daneben rote Jadenstücke mit der Warnung: Vorsicht! Hochspannung! Lebensgefahr! „Ehe ich zu ihm hinüber. Immer noch die Schatten im Anblick. Ihre Natur bringt nur einmal seinen Anhang. Nicht den letzten. Aber er hatte es doch gut gemeint. Und recht gehabt überdies. Also war ihr Unmut sinnlos. Sie müßte sich überwinden, ihm ein freundliches Wort sagen. Gerade ihm, der ihr eben erst wieder einen Beweis seiner freundschaftlichen Hilfsbereitschaft gegeben hatte. Warum wollte sie nur trotzdem ihre Wort über die Lippen kommen?“ Den Kopf geneigt, stand sie da. Wie so manchmal schon ihm gegenüber im Jadenplatz, voll Unzufriedenheit mit sich selber. Es war doch sonst klarlich in ihr Bewußtsein allein hier nicht. Und warum dieses Aufsehen in ihr? Wälsch ist nur, weil sie eine dunkle Gewalt in ihm fühlte, der sie immer mehr zu erliegen drohte. Und sie wollte doch nicht! Ganz gewiß nicht. Ihre Verantwortlichkeit wollte sie sich wahrnehmen. Und sie wollte nichts wissen von solchen Dingen ihrer Umfahrungen. Sie „Aber da rief sie die Augen auf in erblichem Erschrecken. Unter einem Donnerkrachen, das den Boden unter ihren Füßen erbeben ließ, war es plötzlich taghell um sie geworden.“ Taghell! Nein ein Hellenfchein, taghell, aber von ungeheurer Helligkeit, glitzerte auf in der weiten Halle. Und dort — gerade wo er stand! — bei der Warmortafel ein Jaden und Plakaten an den Setzungsdrüben: Hellblaue Flammen in beständigem Aufsteigen und Erlöschen. (Fortsetzung folgt.)



Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM 23.

Schriftleitung: Bülth. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerfr. Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Vörschickkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

№ 55

Donnerstag, den 8. Mai 1930

43. Jahrgang

Besserung der öffentlichen Betriebe.

Gesellschaft zur Prüfung des Problems.

Berlin, 7. Mai.

Reichsfinanzminister Dr. Moßbauer hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Besserung der öffentlichen Betriebe bei Erhebungen zur Prüfung der Frage ihrer Besserung vorgelegt. Nach diesem Gesetzentwurf sind die Behörden von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Vorstände von Betrieben mit eigener Persönlichkeit des öffentlichen Rechts und die Vorstände von Unternehmungen, deren Erträge ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts einfließen, verpflichtet, den vom Reichsfinanzminister beantragten Behörden auf Verlangen über die finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der ihnen unterstellten Betriebe Auskunft zu erteilen. Neuestensfalls ist Budget- und Betriebsprüfung zulässig.

Dieser Gesetzentwurf knüpft an eine Entschließung des Reichstags an, die bei der Haushaltsberatung im Vorjahre gefaßt worden ist und in der die Reichsregierung ersucht wurde, die Frage der Besserung der öffentlichen Betriebe zu prüfen. In der Begründung zu diesem Gesetzentwurf ist ausgeführt, wie sich überhaupt die Besserung der öffentlichen Betriebe in Deutschland entwickelt hat, welche der gegenwärtigen Reichszustand ist und welche Gründe für und gegen die Aufrechterhaltung dieses Reichszustandes vorgebracht werden.

Die Notwendigkeit der Besserung der öffentlichen Betriebe wird von ihren Anhängern hauptsächlich auch damit begründet, daß hieraus recht erhebliche Ertragssteigerungen zu erwarten seien, die es ermöglichen würden, andere dringende Aufgaben zu lösen. Der Reichsfinanzminister macht in dieser Denkschrift auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die Ertragssteigerungen sehr beträchtlich sind, indem die Ertragssteigerungen zwischen 100 und 400 Millionen Mark, demgegenüber weilen.

Die Gegner der Steuerpflicht

Der öffentlichen Betriebe darauf hin, daß im Falle der Einführung der Besserung dieser Betriebe im Grunde genommen ein Mehrertrag an Steuern überhaupt nicht einströmen werde. Es würde vielmehr lediglich das Verhältnis zwischen den einzelnen Steuerpflichtigen — Reich, Land, Gemeinden — an den den Wirtschaften auferlegten Lasten beteiligt sind, und zwar im wesentlichen zu Ungunsten der Gemeinden.

Die Reichsregierung will zu dem Gesamtproblem vorerst keine Stellung nehmen.

Sie ist vielmehr der Auffassung, daß, bevor diese Frage einer Lösung entgegengeführt werden kann, zuerst die Unterlagen beschafft werden müssen, die erforderlich sind, um die Ertragsfähigkeit der einzelnen für und gegen die Besserung vorgebrachten Gründe zu prüfen und die Gründe gegeneinander abwägen zu können. Für derartige Unterlagen fehlt zur Zeit noch die gesetzliche Grundlage, und deshalb ist der genannte Gesetzentwurf eingebracht. Einleitend heißt darüber, daß die Betriebe, die der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen, auch künftig die für sie bestehenden Steuerpflichten weiter gentigen sollen. Für diese Betriebe soll daher die Verpflichtung zur Auskunftserteilung nicht gelassen werden.

Aus dem Preussischen Parlament.

Berlin, 7. Mai.

Der Reichstag des Preussischen Landtags letzte den Arbeitsplan für die nächste Zeit fest. In der laufenden Woche stehen kleinere Vorlagen zur Verhandlung. Am Mittwoch folgte u. a. über den Antrag der Wirtschaftspartei, der die Auflösung des Landtags verlangt, abgestimmt werden. In dem Antrag wird erklärt, das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen habe gezeigt, daß die Zustimmung des Landtags dem Willen der Wählerschaft nicht mehr entspreche. Nach einer Pause vom 12. bis 18. Mai wird der Landtag vom 19. bis 23. Mai die dritte Sitzung des Haushaltsplanes vornehmen. Am 24. Mai beginnt die Pfingstpause, die bis zum 28. Juni andauern soll. Vor den Sommerferien soll in einem letzten Sitzungsdienstag vom 24. bis 28. Juni die erste Beratung des Gesetzes über die Neuordnung der Berliner Verwaltung erledigt werden.

Das Defizit im preussischen Haushaltsplan.

Beratungen der Regierungsparteien.

Berlin, 7. Mai.

Der Interfraktionale Ausschuss des Preussischen Landtags wird zu einer Sitzung planmässiger in der Verhandlung über die Befreiung des Defizits im preussischen Haushaltsplan für 1930 geführt werden sollen. Dieses Defizit beläuft sich auf rund 100 Millionen. Bei den Beratungen darf aber nicht allein an die Befreiung dieses Defizits gedacht werden, sondern es müssen gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden, den preussischen Gemeinden eine Befreiung ihrer höchsten finanziellen Lage zu ermöglichen. Es wird angenommen, daß bei den Verhandlungen Vorschläge von einschneidender Bedeutung gemacht werden.

Auflösungsantrag für den preussischen Landtag.

Berlin, 7. Mai. Der Preussische Landtag beschloß sich im Rahmen der zweiten Sitzung seines Haushalts mit dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, der damit begründet ist, daß die Zustimmung des Landtags nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen nicht mehr dem Willen der Wählerschaft entspreche. Abgeordneter Zamboni begründete den Antrag und führte noch aus, daß die heutige Regierungskoalition in Preußen unhaltbar sei. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Preußen unter dem übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie in Grund und Boden regiert werde. Er kritisierte die Politik des Zentrums, das im Reichstag bürgerliche und im Landtag sozialistische Politik mache. Die Zustimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei findet am Mittwoch statt. Für den Antrag werden vornehmlich außer den Antragstellern die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen.

Finanzpolitik und Wirtschaft.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Hannover, 6. Mai.

Auf der Jubiläumssitzung des Westfälisch-Lippischer Wirtschaftsbundes in Bad Eilen sprach als Hauptredner Reichsfinanzminister Dr. Moßbauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft.

Die mangelnde Kapitalbildung habe ihre Ursachen vornehmlich in dem außerordentlichen Steuerdruck, der nicht zum geringsten Teil auf Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern. Sie müsse begleitet sein von einer verlässlichen Schulpolitik. Die Finanzpolitik zur Erleichterung letzterer, habe sie die große Aufgabe zu erfüllen, zunächst in ihrem eigenen Gebiet Erhebung zu schaffen. Dieses Erfordernis würde daher, die schwebende Schuld so weit abzubauen, daß sie die Steuererhebung nicht mehr ernstlich bedrohe. Möglich wäre dies nur durch eine sofortige starke Steuererhöhung, wobei die direkten Steuern nicht mehr herangezogen werden könnten, sondern nur die indirekten.

Für die Kostenentlastung ständen zur Verfügung zunächst die Beträge, die jetzt im Haushaltsplan zur Abdeckung der schwebenden Schuld und einmaliger Ausgaben festgesetzt seien. Diese Beträge von 600 Millionen Mark müßten auf die Steuerentlastungen verwendet werden können. Dabei sei auf die große Gefahr zu achten, die von Seiten der Arbeitslosigkeit drohe. Diese Dinge müßten noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ebenso wichtig sei die Durchführung eines großen Agrarprogramms und einer wirksamen Hilfe für den Osten.

Die Steuerentlastung soll sich nicht auf die Kapitalertragssteuer beschränken, sondern es sollen auch die Grundbesitzer in Betracht genommen werden, die im kommenden Jahr die Steuerentlastungen bringen. Hier siehe in erster Linie die Entlastung der Realsteuer, also der Grundvermögensteuer und der Gewerbesteuer, in Frage. Man komme nur dann ernstlich weiter, wenn in allen Teilen, Reich, Ländern und Gemeinden.

Der starke Wille zur Ausgabenentlastung vorhanden sei.

Zum Flottenbauprogramm betonte der Minister, daß bei der Einstellung der Rate für das Panzerschiff B die Grundzüge der alten Regierung nicht umgeworfen worden seien. Man müsse über allen Sparmaßnahmen nicht vergessen, auch für die Verteidigung des Landes Sorge zu tragen.

Zum Schluß wies Finanzminister Moßbauer auf das große Beispiel des Reichspräsidenten hin, über die Sorgen der Gegenwart nicht die großen Zukunftstragen zu vergessen.

Um die Ausschussreferate.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts für 1930.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragte Abgeordneter von Emdener-Widau (Christl.-nat. Arb.-Gem.), festzustellen, daß der Abgeordnete Dr. Hoehs das Referat über den Haushalt des Auswärtigen Amtes behält. Von der deutschnationalen Fraktion war demgegenüber ein Schreiben eingegangen, in dem sie mitteilt, daß an Stelle des ausgeschiedenen Professors Hoehs das Referat über das Auswärtige Amt Freiherr von Freytag-Loringhoven übernimmt. Für den Abgeordneten Dr. Krumm soll das Referat über den inneren Haushalt Frau Schlemmer erhalten.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, die Ausschussreferate mit einer Prüfung der Verteilung der Referate zu beauftragen. Bei der Beratung der Vorschläge über den Haushaltsplan hinaus bewilligte der Ausschuss einen Betrag von 38 Millionen Mark zur Förderung der Bewegung der Getreideernte. Zur Vollendung des Mittelstandsanals, und zwar der Weidlochpferre, wurde als dringlich eine erste Rate im Betrag von 450 000 Mark bewilligt.

Beim Haushalt des Reichsanwalts wurde mit 18 gegen 16 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Gesamtschicht in München als künftig wegfallend zu bezeichnen, angenommen.

Auch die Reichszentrale für Heimatsdienst wurde auf deutschnationalen Antrag mit 16 gegen 14 Stimmen als künftig wegfallend bezeichnet.

Für den Antrag stimmten auch die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-nationalen. Umfragen wurde der Haushalt angenommen.

Der Hochverratsparagraf.

Sitzung des Strafrechtsausschusses.

Berlin, 7. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann die zweite Sitzung des neuen Strafrechtsgesetzes. Der Ausschuß beschäftigte sich zunächst mit dem Hochverratsparagrafen.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Lamsberg (F.) erklärte, der Senat sei hier genug, um den vorliegenden Text zu gestalten, an die Gewalt als ein notwendiges Mittel zur Schaffung eines neuen Staates zu appellieren. Erst dann, wenn zur Gewalt in der Tat übergegangen werde, habe er die Pflicht, derartige Unternehmungen mit Gewalt zu unterdrücken. Die übrigen Fraktionen hielten sich auf dem Standpunkt, daß man im Strafrecht dem Staate eine wirksame Handhabe geben müsse, um verheerende Angriffe gegen seinen Bestand in keine zu erlassen.

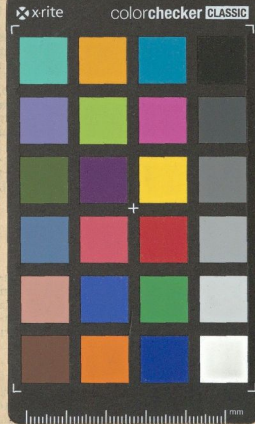
Die Kommunisten verlangten die Befreiung der Hochverratsparagrafen. Die Hochverratsparagrafen wurden ohne wesentliche Veränderungen in der Fassung der Beschlüsse der ersten Sitzung angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß in Zukunft den Verhandlungen die Abstimmungsresultate der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz zu Grunde gelegt werden sollen.

Der Parteivorstand billigt ...

Die Tagung der Demokraten.

Berlin, 7. Mai.

In der Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen demokratischen Partei behandelte nach dem parteiinternen Bericht Abg. Koch-Weser die verschiedenen Forderungen zur Neugestaltung der Parteikonstitution. Er stellte die Vorgänge der letzten Wochen nach allen Richtungen klar und gestreute und mißbilligte unter der Zustimmung des Parteivorstandes die folgenden Gerichte, durch die in den letzten Wochen die Einheit der Partei gefährdet



Teil einer Zerkleinerung, letzte Arbeit ab. Verfeinerung der Darstellung und ausreichender Lage vor der eigentlichen Arbeit, daß das

Effektivität auf der Demokratie Kabinett Brünning, völlig gegenläufig über in mit anderen. Jede u. a. Mittel innerhalb der in aus der deutlichen Generation ehebung der demographie einmündig bei Befreiung ange. Strafrechtliche Paration bei den Land hat zu der. Reichsminister das Vertrauen, daß sie in der letzten Konstitution die Grundzüge der Partei wahren und aus deren etwaiger Verletzung mit Entschiedenheit die Folgerungen ziehen werden.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am 25. Mai in Halle an der Saale zu einer Tagung zusammentreten.

Schöber mit seiner Reise zufrieden.

Feierlicher Empfang in Wien.

Wien, 6. Mai.

Bundestagler Schöber wurde bei seiner Rückkehr nach Wien auf dem Bahnhof von Vertretern der Behörden, dem englischen Gesandten und in Abwesenheit des französischen Gesandten, durch dessen Stellvertreter empfangen. Außerdem wurde er von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Er gab vor der Presse die Erklärung ab, daß die Besuche in Paris und London in erster Linie Höflichkeitakte